

# „Einige Hundert Soldaten für eine längere Zeit“

SPD-Verteidigungsexperte Arnold über das neue Afghanistan-Mandat der Bundeswehr und die notwendige Truppenstärke

VON CLAUDIA LEPPING  
AUS BERLIN

**BERLIN.** Die Bundeswehr wird über 2014 hinaus in Afghanistan bleiben. Der SPD-Wehrexperte Rainer Arnold fordert Klarheit über das neue Mandat und die Obergrenze.

## Herr Arnold, werden eher 1000 oder 2000 Bundeswehrsoldaten nach 2014 in Afghanistan verbleiben?

Die Zahl 2000, wie sie das Verteidigungsministerium streut, ist utopisch. Wir würden unsere Glaubwürdigkeit beschädigen, wenn wir mit so vielen Soldaten blieben und die Verantwortung eben nicht konsequent auf die Afghanen übertrügen. Deutschland wird also einige hundert Soldaten für eine längere Zeit dort lassen müssen. Die Reduktion geht aber nur, wenn wir sukzessive verstärkt die afghanischen Führungskräfte ausbilden statt wie heute die Soldaten an der Basis. Das wiederum wird nur machbar sein, wenn die Staatengemeinschaft vernetzt und arbeitsteilig vorgeht. Wenn jedes Land einzeln seinen militärischen Unterbau organisieren muss, kämen wir auf Zahlen, die weder verantwortbar noch vertretbar sind.

## Was ist 2013 an Reduzierung möglich?

Bei der Debatte um das neue Afghanistan-Mandat muss sichtbar bleiben, dass das deutsche Kontingent verkleinert wird. 2013 ist es möglich, mindestens 1000 Soldaten abzuziehen. Zum einen kann das Außenlager OP North geschlossen werden, wo heute 700 Soldaten stationiert sind. In Nordafghanistan ist mit militärischer Gewalt nichts mehr zu verändern oder zu verbessern. Dort sind

## Zur Person

### Rainer Arnold

- **1950** wurde Arnold in Stuttgart geboren
- **1967-1970** Lehre zum Fernmelde-monteur
- **1972** Eintritt in SPD
- **1980-1998** Leiter der Organisationsabteilung der Volkshochschule Stuttgart
- **Seit 1998** Mitglied des Bundestags
- **Seit 2002** verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion (StN)



Foto: StN

gute Staatsführung, ziviler Aufbau und wirtschaftliche Perspektiven gefragt.

## Sorgen die Afghanen selbst für Sicherheit?

Die Taliban starten verstärkt Anschläge auf die afghanische Polizei und die afghanische Armee. In der Armee gibt es sehr leistungsstarke Verbände, auch Spezialkräfte, die selbst planen und durchführen – und es gibt Verbände, die noch am Anfang stehen.

## Was fehlt ihnen?

Luftbeweglichkeit und Technik. Ich sehe die Chance, dass die Afghanen von 2014 mit ihren Sicherheitsproblemen selbst umgehen können. Die Probleme selbst werden nicht so schnell verschwinden. Die staatliche Autorität wird nicht im ganzen Land umzusetzen sein. Die Afghanen werden sich auf die städtischen Räume und wichtigen Verkehrswege konzentrieren. Und es werden ländliche Regionen bleiben, in denen sie sich kaum gegen die Taliban durchsetzen können.

## Was sollte die Bundeswehr nach 2014 tun?

Ich gehe von einem neuen UN-Mandat aus, was dann aber auf Kapitel 6 statt 7 der UN-Charta basiert – also auf der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten statt auf militärischen Maßnahmen. Wenn die Afghanen für

ihre militärische Sicherheit selbst sorgen, bleibt für die Bundeswehr der Bereich Ausbildung und Mentoring. Ich hätte kein Problem damit, ihnen darüber hinaus, Aufklärungsdrohnen und Kommunikationstechnik zu helfen, damit sie einsatzfähig bleiben. Unser Anteil an der Finanzierung afghanischer Sicherheitsorgane muss über einen längeren Zeitraum gewährleistet sein – zusätzlich zum zivilen Aufbau.

## Arbeiten Kanzleramt und Verteidigungsminister Hand in Hand?

Nein. Merkel und de Maiziere gehen sehr abwartend an die Aufgabe heran. Es sollte umgekehrt sein: Wir müssen darauf dringen, dass es eine kleinere, zurechtgeschnittene Mission gibt, arbeitsteilig mit anderen Nationen, mandatiert auf Grundlage von Kapitel 6 – und mit einer Schutzkomponente, die nur dem Eigenschutz dient.

## Vertrauen Sie der afghanischen Regierung?

Der Schlüssel zum Gelingen ist, dass die Wahl 2014 demokratisch ein Erfolg wird, also fair und legitimiert stattfindet. Scheitert die Wahl, weil die Afghanen das Gefühl haben, es wird getrickst und getäuscht, dann besteht das ernste Risiko, dass es einen Rückfall zu einem richtigen Bürgerkrieg gibt.